

Couragierter agieren und reagieren -

Ein Plädoyer für mehr Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus aus bayrischer Perspektive¹

Franz Gervasoni²

Als Antwort auf das Attentat gegen den Passauer Polizeipräsidenten Alois Mannichl am 13.12. 2008, bei dem ein rechtsextremistischer Hintergrund vermutet wurde, aber bis heute nicht geklärt werden konnte, verabschiedete der Bayerische Ministerrat am 12. Januar 2009 das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Darin werden in Teil B die bayerischen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus dargestellt. Ein wesentlicher Teil befasst sich mit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an der Schule:

- * Fachunterricht
- * Werteerziehung
- * Medienbildung
- * Lehreraus- und fortbildung

Im Bereich zusätzliche Maßnahmen an den Schulen wurden seit dem Schuljahr 2009/2010 die sog. „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ eingesetzt im Rahmen eines Kompetenznetzwerkes „Demokratieerziehung“. Die Aufgabenfelder sind vielfältig und auch sehr komplex und geografisch in einem (zu) großen Kontext eingebunden, vgl. Regierungsbezirk Niederbayern.

¹ Die Rede wurde am 10.12.2013 durch den Autor im Rahmen des deutsch-griechischen Erfahrungsaustausches der Südosteuropa-Gesellschaft in Landshut auf dem Panel „Zivilgesellschaft, Medien, Wissenschaft: Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus“ gehalten.

² Franz Gervasoni ist Lehrer für Englisch und Geschichte am Hans-Carossa-Gymnasium in Landshut und arbeitet an dem, wie er es selbst nennt, „Graswurzelbereich“ des Rechtsextremismus, dem Umfeld der Jugendlichen und dort vor allem in der pädagogischen Arbeit. Darüber hinaus engagiert er sich in der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, wie z.B. der BIGE (= Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, Kultusministerium, Innenministerium, bayerische Landeszentrale für politische Bildung).

Das Bayerische Handlungskonzept sieht für die Funktion der Regionalbeauftragten folgende Aufgabenbeschreibung vor:

- * Information (Lagebild Rechtsextremismus, Sensibilisierung (Codes, Symbole, Klamotten), Argumentationstraining, rechtliche Beratung)
- * Prävention (Aktiv für Demokratie und Toleranz, Ausstellungen, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (KZ-Gedenkstätten), u.a.)
- * Beratung/Intervention (Schulen (Schulleitungen, Lehrer, Fachschaften), Eltern, Vereine, Jugendliche)
- * Vernetzung (Jugendämter, Politik, örtliche Initiativen)

Zivilgesellschaft und Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus

Die Zivilgesellschaft muss sich deutlicher gegen Rechts positionieren. Denn dort, wo diese Zivilgesellschaft zurückweicht, nehmen die Rechten die Räume ein.

Dabei müssen die Teilhaber an dieser Gesellschaft viel mehr und stärker von den Behörden unterstützt und mitgenommen statt ausgegrenzt werden (siehe Extremismusklausel von K. Schröder). Die Behörden müssen ihre Spielräume viel klarer und pointierter ausnützen. Es geht nicht an, dass es nur Worthülsen sind, die vorgetragen werden, z.B. auf der zentralen Gedenkfeier für die NSU-Opfer im Februar letzten Jahres in Berlin; nein es sollten Taten folgen. Dies ist allerdings nicht so wirklich geschehen wie die Aufarbeitung der rechtsextremistischen Terrormorde auch in den NSU-Untersuchungsausschüssen zeigt. Es ist offensichtlich immer noch ein Tabu über strukturellen bzw. institutionellen Rassismus zu sprechen. Dabei weist allein schon die Benennung einer zuständigen Sonderkommission als Soko Halbmond bzw. Soko Bosphorus auf rassistische Vorurteile gegenüber Migrant_innen hin. Ein übriges negatives Element hat dann die mediale Darstellung als „Dönermorde“ hinzugefügt. Die Opfer wurden in der Berichterstattung durchgehend – z.B. nach dem Nagelbombenattentat 2004 in der Kölner Keuppstraße – als türkisch-ausländisch bezeichnet und damit semantisch als nicht-zugehörig markiert.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang verdeutlichen, was ich meine mit „Spielraum ausnützen“ durch die Behörden.

Martin Wiese, ein Rechtsterrorist – er plante ein Sprengstoffattentat auf die Grundsteinlegung der Synagoge in München im Jahre 2003 – zog im September 2010 nach seiner siebenjährigen Haft nach Landshut zu seiner Lebensgefährtin. Seit seiner Freilassung steht Wiese unter Führungsaufsicht und hat ein Kontaktverbot zu drei Leuten aus der rechten Szene. Nachdem der „Runde Tisch gegen Rechts“ in Landshut ziemlich heftig gegen Wieses Anwesenheit agierte, ziehen er und seine Freundin in das nahe gelegene Geisenhausen, wo sie dann den Sohn „Thorger“ bekommen. Wiese ist nach wie vor sehr aktiv, strukturiert die Szene in Südbayern neu, gründet in Geisenhausen eine Kameradschaft und lädt Jugendliche zu Kameradschaftsabenden ein. Er hetzt gegen Asylbewerber, will sich sogar gegen die Errichtung eines Asylbewerberheimes in Geisenhausen engagieren, da er wie er sagt große Erfahrungen damit habe. Klar: er war bereits als 16-Jähriger 1992 in Rostock-Lichtenhagen dabei, als dort das Asylbewerberheim brannte. Er hetzt auch gegen Menschen, die sich gegen Rechts positionieren, verteilt Flugblätter und organisiert eine große Nazi-Demo im Februar 2012 in Landshut.

Von den Behörden bleibt er relativ unbehelligt. Auch das Kontaktverbot zu Statzberger z.B. wird sehr locker gehandhabt. Beide fahren in einem LKW, beide besuchen Konzerte, bei der Demo in Landshut sprechen sie nacheinander, reichen sich das Mikrofon, umarmen sich. Dem Landshuter Richter, der zuständig ist für die Aufrechterhaltung des Kontaktverbotes werden entsprechende Bilder vorgelegt. Seine Antwort: „Ich kann da keinen Kontakt erkennen.“

Als Wiese im Mai 2011 auf dem Frankentag in Roden-Ansbach (Unterfranken) in seiner Rede anwesende Journalisten bedroht und ihnen sagt:

„Allen, die sich uns entgegenstellen, allen die uns fotografieren, die uns denunzieren und uns von der Arbeit wegbringen wollen (...) allen, die sich gegen deutsche Werte stellen, sei gesagt: Wir werden eines Tages kommen, euch aus euren Löchern holen, euch vor einen Volksgerichtshof stellen und euch wegen Deutschlands Hochverrat verurteilen zum Tode.“

Dies hätte eine sofortige Anzeige aufgrund von § 130 StGB – Volksverhetzung – durch die Behörden nach sich ziehen müssen. Wiese steht unter Führungsaufsicht. Erst auf Betreiben der Journalisten erfolgt diese Anzeige ein halbes Jahr später.

Was „Spielraum ausnützen“ auf der linken Seite bedeutet sieht man an folgendem Beispiel: Ein linker Autonome sprüht nächtens in Landshut ein linkes Graffiti an eine Wand, wird erwischt, eine Nacht in Polizeigewahrsam genommen, am nächsten Morgen wird seine Wohnung durchsucht. Man findet etwas im Keller, mit dem man evtl. einen Brandsatz hätte bauen können. Er erhält sofort eine Anzeige und wird zu einer saftigen Geldstrafe verurteilt.

Die Zivilgesellschaft hätte viele Möglichkeiten, couragierter zu agieren und zu reagieren; es gibt bereits viele Bündnisse und Aktionsformen, aber diese sind noch nicht ausreichend genug, solange viele rechtsextremistische Denkmuster in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. Laut der Heitmeyerstudie, Deutsche Zustände, stimmten 2011 12,8 % aller Deutschen der Aussage zu, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien.

Die Politik darf sich nicht hinter vorgeschobenen Argumenten verstecken, wie dies noch bei der Aufarbeitung der NSU-Morde der Fall ist. Sebastian Edathy, der Vorsitzende im NSU-Bundesausschuss, sagte, dass bei ihm die Antwort aller Verantwortlichen auf Unverständnis stieß, die feststellten, das wohl irgendwer Fehler gemacht habe, aber nicht das eigene Haus. Auch konnte oder wollte der bayerische Innenminister Hermann folgende Frage nicht beantworten: "Wie kann es sein, dass im bayerischen Verfassungsschutzbericht von 2011 festgeschrieben steht, dass es keine Verbindungen der NSU-Terrorzelle nach Bayern gab?"

Tatsache ist doch, dass fünf der Morde in Bayern geschehen sind, dass das Trio auch in Nürnberg und Straubing war und dass Tino Brandt, der V-Mann, seine „rechte Karriere“ in Regensburg begonnen hatte, ehe er ausgestattet mit den staatlichen (stattlichen) DM 200.000,- den Thüringer Heimatschutz aufbauen konnte und über dieses Netzwerk einen engen Kontakt zum Fränkischen Heimatschutz in Nürnberg pflegen konnte. Außerdem

erhielt Franz Glasauer - er betrieb jahrelang den rechten "Patria-Versand" in Landshut - von Beate Zschäpe das Bekennervideo der Terror-Zelle.

Vielleicht sollen wir uns eher an Beispielen orientieren wie dem der Oberbürgermeisterin von Riesa, die durch den Stadtrat die Straße, in der sich das Büro der NPD und die Redaktion der Deutschen Stimme (DS) – die Monatszeitung der NPD - befinden, in Geschwister-Scholl-Straße umbenennen ließ.

Oder am Beispiel des katholischen Pfarrers Roland Breitenbach, der aus seiner Partei ausgetreten ist, weil sie sich nicht an der Gegendemonstration gegen Rechts beteiligen wollte. Sein Motto: „In so einem Fall muss ich mich auch neben einen Kommunisten stellen, um gegen Rechts zu demonstrieren.“

Es liegt an uns, in unserem Umfeld dafür zu sorgen, dass rechtsextremes, rassistisches, diskriminierendes und ausgrenzendes Gedankengut thematisiert und problematisiert wird, und dass wir dagegen vorgehen. Auch müssen wir uns selbst permanent hinterfragen, denn niemand ist – bewusst oder unbewusst – vor solchen Gedanken gefeit.

Als Regionalbeauftragte arbeiten wir in diesem hauptsächlich schulischen Betätigungsfeld viel im präventiven Bereich, z.B. im Projekt SOR/SMC – Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage. Wir organisieren Ausstellungen zum Thema, z.B. „Demokratie stärken“ der FES. Wir führen pädagogische Tage an Schulen durch, halten und unterstützen Projektunterricht zur Demokratieerziehung. Wir haben in Niederbayern ein Netzwerk für unseren Aufgabenbereich aufgebaut, an dem sich über 100 Schulen beteiligen. Für sie bieten wir Fortbildungen an: Anti-Rassismus-Training (ART), Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, "blue-eyed"-Workshops, Seminare mit Aussteigern aus der rechten Szene, Workshops zur rechten Musikszene. Wir unterstützen auch zivilgesellschaftliche Projekte wie die Wirte-Aktion ("Kein Bier für Nazis!", "Kein Raum für Rassismus"-Aufkleber). Wir geben Empfehlungen zur Anpassung der Hausordnung (in Schulen, Betrieben, Behörden):

"Das Tragen von Symbolen und Kleidungsmarken sowie das Auftreten von Schülerinnen und Schülern, das eine rechtsextremistische, fremdenfeindliche, antisemitische, rassistische oder insgesamt Menschen verachtende Gesinnung signalisiert, ist an der Schule verboten."

Wichtig erscheint uns auch die Auseinandersetzung mit dem NS, denn nur wer weiß, wie die Verbindungslinien zwischen dem braunen Sumpf damals und den Neonazis heute laufen, kann sich argumentativ damit gegen Rechtsextremismus wappnen. Zu diesem Zweck hatten wir z.B. im letzten Schuljahr Max Mannheimer als Zeitzeugen eingeladen und dann noch – und damit ist unsere Verbindung zu Griechenland wieder hergestellt – Herrn Argyris Sfountouris, einen der wenigen Überlebenden des Massakers von Distomo am 10. Juni 1944. Wir bieten Zivilcourage-Trainings an, die kostenfrei von der Dominik-Brunner-Stiftung durchgeführt werden. Dominik Brunner hat übrigens 1978 am Hans-Carossa-Gymnasium sein Abitur abgelegt.

Kurz gesagt, es bieten sich viele Möglichkeiten an, sich im zivilgesellschaftlichen Bereich einzubringen. Die Schwierigkeit dabei sehe ich allerdings in der Überwindung der (partei-)politischen Gräben. Alle müssen wir in konzertierten und gemeinsamen Aktionen gegen Rechts und damit Menschen verachtendes Gedankengut vorgehen.

Es gibt drei Dinge, die sich nicht vereinen lassen:

Intelligenz, Anständigkeit und Nationalsozialismus.

Man kann intelligent und Nazi sein. Dann ist man nicht anständig

Man kann anständig und Nazi sein. Dann ist man nicht intelligent.

Und man kann anständig und intelligent sein. Dann ist man kein Nazi.

- Gerhard Bronner